

Annoncen.
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streisand,
in Lübeck bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Nr. 656.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt viertäglich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 18. September.

Annahme-Bureau.
Dr. Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. F. Daube & Co.,
Hausensteiner & Vogel,
Adolphus Rose,
zu Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

1880.

Amtliches.

Berlin, 17. September. Der König hat geruht: den Geheimen Regierungs- und vortragenden Rath im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten Dr. Gaudner zum Geheimen Ober-Regierungs-Rath; sowie die in der landwirtschaftlichen Verwaltung beschäftigten bisherigen Regierungs-Aussessoren Perrin zu Posen und Wicher zu Höger zu Regierungs-Räthen zu ernennen; und dem Vade-Art Dr. August Freiherrn von Härdt in Bad Gastein den Charakter als Sanitäts-Rath zu verleihen.

Der Privatdozent bei der Universität Berlin Dr. Gaspari ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität zu Breslau ernannt worden.

Der König hat geruht: dem Ober-Landesgerichts-Referendarius Richard Maximilian v. Breuning zu Wiesbaden die Kammerjunker-Würde zu verleihen.

Politische Uebersicht.

Posen, 18. September.

Die Annahme, daß Se. Majestät der Kaiser sich nach Beendigung der Manöver sofort nach Baden-Baden begeben werde, erweist sich als irrthümlich. Der Kaiser verläßt allerdings Berlin am Sonntag Abend, begiebt sich jedoch nur über Köln nach Schloß Brühl, um dort den Manövern der rheinischen Kavallerie-Division beizuwollen. Schon am Mittwoch wird der Kaiser in Berlin zurückkerret, und seine Abreise nach Baden, wo bekanntlich am letzten Tage dieses Monats der Geburtstag J. M. der Kaiserin gefeiert wird, dürfte dann erst in der nächsten Woche erfolgen. In Baden wird nach den jetzigen Dispositionen der Kaiser einige Wochen verbleiben und sich von dort vermutlich unmittelbar zum Domfest nach Köln begeben. Über letzteres werden jetzt in Brühl vielleicht noch nähere Bestimmungen getroffen werden.

Auswärtige Blätter erfahren, daß eine so große Reihe von Verwaltungs-Angelegenheiten den Bundesrath erwartet, daß derselbe sofort nach Inangriffnahme seiner Arbeiten auf mehrere Wochen hin angestrengt beschäftigt sein wird. Aus diesem Grunde werden auch die sogenannten Minister-Sitzungen nicht, wie vielfach angenommen werde, sofort, sondern erst nach Abschluß dieser Arbeiten zu erwarten sein, während es sich noch gar nicht absehen läßt, wie lange Zeit diese Sitzungen in Anspruch nehmen möchten.

Die Uebernahme des preußischen Handelsministeriums durch den Fürsten Bismarck, so lesen wir in der „N. L. C.“, wird allgemein mit der Absicht derselben in Verbindung gebracht, auf dem Gebiete unserer sozial- und gewerbspolitischen Gesetzgebung den Anstoß zu einer regeren aktiven Tätigkeit zu geben. Man weist namentlich auf das Innungswesen, das Versicherungswesen und auf eine Reihe die Arbeiterinteressen berührende legislatorische Fragen hin, wie die Versicherungsfassen, die Maßregeln zum Schutz der Fabrikarbeiter. In letzterer Beziehung kann das Schreiben an den Vorstand des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, worin der Reichskanzler die gesetzliche Regelung der Anzeige von Unfällen in Fabriken und des Schutzes gewerblicher Arbeiter einer erneuten Prüfung durch Sachverständige zu unterziehen zusagt, als Zeugnis von dem Interesse angesehen werden, das Fürst Bismarck neuerdings diesen Fragen zuwendet. Eine regere gesetzgeberische Tätigkeit auf sozialistischem Gebiet, namentlich soweit es sich um die Beförderung der Interessen der Arbeiter handelt, wird man an und für sich nur mit Genugthuung begrüßen können. Die positive Tätigkeit, die mit der im Sozialistengesetz eingeschlagenen repressiven gleichen Schritt halten sollte, ist bisher hinter der letzteren weit zurückgeblieben, und es ist Zeit, daß die Gesetzgebung ihre Verpflichtung auch in dieser Hinsicht einlöst. Freilich erheben sich schwere Bedenken, ob die Richtung, welche der Reichskanzler neuerdings in wirtschaftlichen Fragen eingeschlagen hat, die Aussicht eröffnet, daß seine Vorschläge das Richtige treffen. Eine glückliche Handgrafe auf diesem Gebiet der Sozial- und Gewerbegesetzgebung glaubt man dem Reichskanzler nicht zutrauen zu dürfen, daher die Aussicht, den leitenden Staatsmann auch in diesen Fragen eine rege Initiative entfalten zu sehen, die politischen Kreise mit sehr getheilten Gefühlen erfüllt hat. Man wird billigerweise mit Kritiken und Urtheilen zurückhalten müssen, bis die Studien über gewerbe- und sozialpolitische Fragen, die den Reichskanzler neuerdings besonders lebhaft beschäftigt und ihn zur Uebernahme des Handelsministeriums versuchsweise bewogen haben sollen, sich zu konkreten Vorschlägen verdichtet haben werden. Die Befürchtung liegt aber allerdings nahe, daß bei dem weiteren Vorgehen auf diesem gesetzgeberischen Gebiet die konservativ-klerikale Majorität wieder einmal zum Vorschein kommt.

Den Eindruck, den die Ernennung des Fürsten Bismarck zum Handelsminister in Wiener Kreisen bezüglich der deutscho-österreichischen Handelsbeziehungen gemacht hat, giebt die „N. Fr. Pr.“ wie folgt wieder:

Was hier zunächst in Betracht kommt, ist die Möglichkeit der Rückwirkung auf das handelspolitische Verhältniß zwischen Deutschland und Österreich. Obwohl Fürst Bismarck im September des vorigen Jahres in den Unterredungen mit dem Grafen Andraß, wie es scheint, Zugang mit Bezug auf die Möglichkeit einer Vereinbarung zwischen den beiden politisch so befremdeten Staaten gemacht hat, so wäre es doch höchst unvorsichtig, Erwartungen an seine Ernennung zu knüpfen, die gewiß bald enttäuscht werden. Wenn Fürst Bismarck selbst und mit Beseitigung jedes Strohmannes die deutsche Handelspolitik leiten will, so ist zunächst nicht allein ein Festhalten an den schußzöllnerischen Prinzipien, sondern wahrscheinlich noch ein schärferes Hervorkehren derselben zu erwarten. Zwei Fragen, welche den Kanzler schon seit Jahren in hohem Maße beschäftigen, dürften zunächst in Angriff genommen werden. Er wird die Verstaatlichung der deutschen Eisenbahnen mit noch größerer Energie betreiben und voraussichtlich mit aller Behemmen auf der Bahn der sogenannten nationalen Wirtschaftspolitik forschreiten. Die Ernennung des Fürsten Bismarck zum Handelsminister bedeutet für Deutschland eine Zeit der Experimente, aber auch für Österreich ist sie eher ein Hindernis als eine Förderung des handelspolitischen Einverständnisses.

Der telegraphisch signalisierte offizielle Artikel, in welchem die „Nord. Allg. Ztg.“ sich gegen die Zeitungen und Korrespondenten wendet, die sich neuerdings ein Geschäft daraus machen, den Feldmarschall von Manteuffel als Statthalter von Elsaß-Lothringen zu verunglimpfen, lautet wörtlich folgendermaßen:

„Das Auftreten des Statthalters in den Reichslanden hat auf die breiten und heftigen Angriffe, welche sich plötzlich ergossen, in den Blättern sehr verschiedener Richtung kräftige und mit tückigen Argumenten ausgestattete Vertheidiger gefunden. Wir erachten es aber für dringend wünschenswert, daß der Streit jetzt aufhöre. Wenn die deutsche Presse einen Streit über die richtige Behandlung der Reichslande in einem Augenblick mit heftiger Erbitterung führt, wo viele Umstände den Franzosen die Erwägung nahe legen, ob sie aufhören sollen, die Wiedereroberung dieses Landes zum Angelpunkt ihrer Politik zu machen, so ist es wahrlich leicht zu begreifen, wie schlecht die deutsche Presse mit jenen Erörterungen dem Interesse Deutschlands und selbst dem des allgemeinen Friedens dient. Die Gegner des Statthalters haben ihre Annahme fürsich bis zu folgendem Ausspruch getrieben: Der Statthalter möge sich über die Folgen seines Verhaltens durch den Nachweis verantworten, daß seine Politik keinen Schaden gestiftet; sonst sei der Angeklagte als überführt zu erachten. Das klingt, als wenn es aus dem Tollhaus käme. Sehr glücklich sagt die „Magd. Ztg.“, daß solche Politiker jenem Gärtner gleichen, der ein Bäumchen pflanzt und es jeden Morgen auszog, um zu sehen, ob die Wurzeln gemacht.“

Wir haben in obiger Frage uns stets gegen die wüste Haß erklärt, welche wider den nicht blos als Soldat verdienten Feldmarschall organisiert wurde. Wir kennen eben durch persönliche Anschauung die „altdeutschen“ Elemente im Elsaß, welche hier in Frage kommen und welche z. Th. etwas fragwürdiger Natur sind.

Daß sich für den Zeitpunkt der Zoll-Vereinleitung Altona's, die nach divergirenden Nachrichten der Blätter bald für den 1. April, bald für den 1. Juni f. J. festgesetzt sein sollte, gegenwärtig durchaus noch kein Termin bestimmten läßt, wird durch folgendes Schreiben bestätigt, welches Finanzminister Bitter soeben auf eine Anfrage dem Vorstehenden des Altonaer Vereins gegen den Zollanschluß hat zugehen lassen:

„Dem Vorstand des Vereins gegen den Zollanschluß von Altona erwähre ich auf die Eingabe vom 21. v. Monats, daß ich zur Zeit nicht in der Lage bin, Auskunft über den Termin des Ausschlusses von Altona an den deutschen Zollverein zu ertheilen, das dies jedoch f. J. geschehen wird, sobald die sonst erforderlichen Vorbereitungen beendet sein werden. Der Finanzminister Bitter.“

Es ist bei der Schwierigkeit des Gegenstandes kaum wahrcheinlich, daß dem preußischen Landtag bereits in seiner bevorstehenden Session spezielle Kostenanschläge bezüglich des Zollanschlusses unterbreitet werden können.

Die „N. L. C.“ fährt heute fort, ein konservativ-liberales Bündniß, in welchem den Liberalen doch nur das Nachtreten überlassen bleibe, zurückzuweisen. Die Ausführungen des genannten Organs enthalten zwar manche von uns durch Fragezeichen hervorgehobene Unrichtigkeiten, aber die ganze Tendenz des Artikels bleibt doch beachtenswerth. Hier ist er:

„Wenn die offizielle Presse auf die nationalliberale Partei und die Sezession zu sprechen kommt, so geschieht es in einem Tone, als ob mit dem letzteren Ereignis der böse Geist von der nationalliberalen Partei gewichen sei und dieselbe fortan jedem Widerstand gegen die getampte Politik des Reichskanzlers ein für allemal entgehe. Regt sich ein Wort des Widerspruchs, so thun Blätter wie die „Nord. Allg. Ztg.“, als sei dies eine innerlich secessionistische Stimme, die sich mit Unrecht noch nationalliberal nenne. Falls wir aus solchen Auslafungen die Anschauungen der Reichsregierung herauslesen dürfen, so können freilich bittere Enttäuschungen nicht ausbleiben. Es wird sich zeigen, daß sich für die nationalliberale Partei und ihre künftige Haltung durch den Austritt der Sezessionisten gar nichts (?) geändert hat; sie wird ebenso wenig jetzt eine Regierungspartei werden, wie sie dies jemals gewesen ist; sie wird nach wie vor (?) jede politische Frage nach rein sachlichen Erwägungen prüfen und danach Stellung nehmen, und nichts berechtigt zu der Annahme, daß diese Prüfung in Zukunft zu anderen Resultaten führen werde als bisher. (?) Wollte die Partei sich wirklich auf den Standpunkt stellen, den ihr die offizielle Presse gern anweisen möchte, wollte sie die Rolle einer liberalgefärbten Spielart des reinen Gouvernementalismus übernehmen, dann freilich wäre die Sezession gerechtfertigt gewesen und die ganze Partei würde sich voraussichtlich bald zu Gunsten derselben verflüchten. Die Blätter, die der Regierung zu dienen meinen, thäten in deren eigenem Interesse besser, sie festen sich nicht den Gedanken in den Kopf, als ob durch die Sezession mit der natio-

nalliberalen Partei ein großer Läuterungs- und Befreiungsprozeß vorgegangen sei.“

Herr Lasker wird, wie die „B. Ztg.“ berichtet, in Magdeburg nicht sprechen. Es entspricht diese Ablehnung eines persönlichen Eingreifens in den magdeburger Wahlkampf durchaus der Stellung, welche Herr Lasker von Anbeginn seiner eventuellen Kandidatur in Magdeburg gegenüber eingenommen hat. Herr Lasker würde sich der Pflicht, Magdeburg zu vertreten, nicht entziehen, wenn ihm das Mandat von den Wählern übertragen wird; er muß es aber ablehnen, sich persönlich darum zu bewerben. Seine politische Vergangenheit, wie seine Stellung zu den Fragen der Gegenwart ist so bekannt, daß sich die magdeburger Wähler ihr Urteil bilden können, auch ohne eine Kandidatenrede und ohne daß Herr Lasker die Wucht seiner Beredsamkeit dem beredten Schweigen Herrn Listemann's entgegenstellt.

Die Befürchtungen, daß sich die Revision des Gerichts-koftengesetzes, welche altheitig als dringendes Bedürfnis erkannt wird, verzögern möchte, erweist sich als grundlos. Die allerdings sehr umfangreichen und schwierigen Erhebungen und Vorarbeiten werden so emsig gefördert, daß die Vorlage wohl schon in der nächsten Reichstagsession zu erwarten ist. Ob gleichzeitig auch die Ermäßigung der Anwaltsgebühren und der Kosten für die Gerichtsvollzieher bewirkt werden wird, läßt sich noch nicht mit gleicher Bestimmtheit vermuthen, doch gilt auch dies als nicht unwahrscheinlich.

Im Kultusministerium ist man, wie das „B. Ztg.“ hört, gegenwärtig damit beschäftigt, für den demnächst zusammentretenden Landtag Vorlagen auszuarbeiten, welche eine Verbesserung der Lage der Lehrerwitwen zum Zweck haben. Bekanntlich ist die Lehrerwitwen-Besorgung bei uns einer der wundesten Punkte der ihrer gesetzlichen Regelung noch immer harrenden Schulverhältnisse, und wir würden es schon deshalb mit Freuden begrüßen, wenn die Regierung jetzt daran ginge, ihr Interesse an der Beseitigung des wirklich außerordentlich großen Notstandes, in dem sich so viele tausende preußischer Lehrerwitwen fortduernd befinden, nunmehr durch neue entsprechende Vorlagen zu betätigen. Obwohl neuerdings hier und da eine kleine Erhöhung in der Lehrerwitwen-Pension eingetreten ist, so gibt es eigentlich doch nur eine Stimme darüber, daß dieselbe auch jetzt noch als eine durchaus umzureichende bezeichnet werden muß, da sie im Großen und Ganzen sich nur auf 150 resp. 180 Mark jährlich beläßt, eine Summe, die unter allen Umständen zu gering und unauskommlich ist.

Das Magyareithum hat einen neuen „Triumph“ zu verzeichnen. Die Stadtvertretung in Pest hat einem deutischen Theater die Konzession verweigert, weil, wie ein Redner hervorhob, das deutsche Theater ein Werkzeug der „Germanisation“ sei. Es würde aber einem deutschen Theater in der That sehr schwer fallen, Pest zu „germanisieren“, weil es eben eine vorherrschend deutsche Stadt bereits ist. Vergleichlich bemalt die Stadtverwaltung die Straßenecken mit ungarischen Straßennamen, Niemand liest sie, beachtet sie. Die leitenden Zeitungen sind deutsch, die leitenden und die geleiteten Geschäfte sind deutsch, deutsch hört man auf allen Straßen und in allen öffentlichen Lokalen. Nur wo die Regierung herrscht und in dunklen Seitengäßchen, da herrscht das ungarische Idiom. Wir können den Stadträthen, welche die Konzession verweigerten, auch nicht in Aussicht stellen, daß ihr Beschluß die Sache ändern wird. Der ohnmächtige Zorn und das bornierte Barbarethum eines solchen Verhaltens werden nirgends für das Magyareithum Propaganda machen, selbst nicht bei den Magyaren Pest selber, die sich auf die Länge in ihrem monotonen magyarischen Theater sehr gelangweilt fühlen müssen. Die Magyaren finden aber noch nicht am Ende aller Dinge angelangt, und wenn einmal die Völker längs der Donau ihre Lage revidiren, werden die Magyaren einen spezifisch harten Stand haben und ihren Nebermuth vielleicht heimgezahlt erhalten. Was übrigens herausgehoben zu werden verdient ist, ist, daß die heißblütigsten Magyaren in der Stadtvertretung von Pest in Wahrheit gute deutsche Spießbürger sind, die sich mit ungarischem Schnurrbart und ungarischem Chauvinismus ein besonderes Ansehen zu geben gieben.

Die Anwesenheit des österreichischen Kronprinzen in Berlin und die stattfindenden Herbstmanöver bieten der englischen Presse vielfach Gelegenheit zu Erörterungen, die für Deutschland in den Zeitungen der Torypartei wohlwollend ausfallen, während die Organe der jüngsten Regierung einen gewissen Neid nicht verbergen können. Der „Standard“, das Organ des früheren Kabinetts Beaconsfield, widmet den Berliner Manövern einen eingehenden Artikel, dem wir Folgendes entnehmen:

„Die Resultate, welche die deutsche Armee erzielt hat, können nur von einer wirklich großen Nation erreicht werden, die sich wirklich großen Führern vertraut hat. Dieses Gefühl ist es, welches die Welt bewundert, ja fast neidische Blicke auf Berlin werfen läßt. Eine große und wohl organisierte Armee ist an und für sich ein

Gegenstand, welcher hohe Beachtung verdient; allein es ist unmöglich, dabei zu übersehen, welche Verwendung dieselbe finden dürfte. Keine Armee der Welt hat eine größere Existenzberechtigung, als die deutsche. Deutschland wurde stets von Frankreich bedroht, von Russland patronisiert. Die Regierung Kaiser Wilhelms hat diesem unerträglichen Stande der Dinge ein für alle Mal ein Ende gemacht. Sie hat Deutschland in den Sattel, und das Manöver hat gezeigt, daß es reiten kann. Das könnte beunruhigend klingen, wenn man annehmen wollte, daß Riesenkräfte auch immer nach Riesenart verwendet werden müßten. Deutschland hat diese Befürchtungen zu Schanden gemacht. Es kann ihm seine Stärke allein vorgeworfen werden, und wird diese Beschuldigung eben nur von Denen vorgebracht, welche die veraltete Ansicht haben, daß es die Mission Deutschlands sei, schwach zu sein. Wäre Russland eine konservative und Frankreich eine permanent friedliche Macht, so könnte Deutschland abrücken und sich der behaglichen Ruhe hingeben. Allein Russland konspirirt und Frankreich harrt der Gelegenheit; daher die Machtentwickelung in der Umgegend Berlin's. In einem derartigen Augenblick, in einer Welt des Verraths, der Hinterlist und der Plaktereien, von Gerüchten über internationale Verwickelungen und bevorstehende Kämpfe muß ein solches Schauspiel einen gewaltigen Eindruck machen. Wie schrecklich muß die Verantwortlichkeit sein, welche auf einem Regenten oder Minister lastet, auf dessen Antrieb die Heerschaaren Europas zu wirklichem Kampfe einander entgegenzutun.

Das französische "Amtsblatt" enthält in seinem nichtamtlichen Theile folgende zwei Noten:

Zufolge der eingeleiteten Unterhandlungen zwischen dem Kommandanten der französischen Etablissements in Oceanien und den Häuptlingen von Tahiti verzichtete König Pomare V. endgültig zu Gunsten Frankreichs auf alle seine Rechte und seine Hoheit auf den Gesellschaftsinseln und ihren Dependanzen. Anfolge dessen sind diese Staaten, die seit vierzig Jahren unter unserm Protektorat standen, französische Besitzungen mit demselben Unrecht wie unsere anderen Kolonien geworden und haben nur eine Flagge, die Flagge Frankreichs.

Die Bewohner des südlichen Theils der Insel Pivoa (Dominique), die zur Gruppe der Frankreich gehörenden Marquesas zählen, waren seit einiger Zeit im Aufstande. Der Nord eines Ausländers, durch einen der Häuptlinge begangen, war bis jetzt ungestraft geblieben und eine im Jahre 1879 vom Lamotte-Piquet verhafte Kundgebung ergab kein Resultat. Ende des verschwommenen Jumi begab sich der Oberbefehlshaber der Seeabtheilung des Stillen Oceans, Contre-Admiral du Petit-Thouars, mit der "Victorieuse", dem "Doyot" und dem "Chasseur" nach Pivoa, eine schwache Abtheilung Infanterie und Artillerie, sowie eine Anzahl aus Tahiti und auf den Marquesas rekrutirten Freiwilligen mit sich führend. Nach einem führten Marsche durch die Insel, von den Bewegungen der unter seinen Befehlen stehenden Schiffen unterstützt, gelang es diesem Generaloffizier, ohne Verlusten die revoltirten Stämme, welche die Waffen streckten, zu bemeistern und die vollständige Unterwerfung des Archipels zu sichern.

Von der Einverleibung der Freundschaftsinseln, die das Telegramm der "Agence Havas" mit in Kauf nahm, ist im "Journal officiel" nicht die Rede.

Von Rom wird der "Times" telegraphiert, daß die Mißstimmung zwischen Militär und Zivil in der Romagna zu abscheulichen Verbrechen geführt habe. In Cesena wurden zwei Karabinieri vom Volke entwaffnet und ernstlich verwundet. In Rimini wurde ein einzelner Bersagliere von einem Dutzend Individuen überfallen, und wurden ihm mit verschiedenen Waffen etwa dreizehn Wunden beigebracht. Des Morgens fand man nur noch einen blutigen Klumpen. Zu Zusammenstößen zwischen Militär und der Bevölkerung ist es fast in allen Orten der Romagna gekommen. In den konservativen Organen wird behauptet, daß das Ganze das Werk der politischen Sekter sei.

Das Bombardement von Dulcigno scheint beschlossene Sache zu sein. Der "Times" wird aus Gravosa gemeldet, daß bei der Konferenz der Admirale der vereinigten Kriegsschiffe beschlossen sei, die fremden Konsuln in Skutari und Dulcigno aufzufordern, ihre Familien sofort nach einem sicherem Orte zu bringen. Eine solche Aufforderung pflegt nur zu ergehen, wenn die Beschießung eines Ortes beschlossene Sache ist. Vielleicht hegen die Admirale auch die leise Hoffnung, daß die Albanesen, wenn sie den vollen Ernst der Drohung begreifen, noch in zwölfter Stunde der Vernunft Gehör geben. Doch ist die Hoffnung bei dem von der Liga seit Jahr und Tag angefachten Fanatismus der Arnauten nur eine sehr schwache, und es steht zu befürchten, daß sich um das kleine unbedeutende Dulcigno ein blutiger Kampf entspielt. Die Montenegriner stehen kampfbereit an der Grenze; sie sind in drei Corps getheilt. Das erste unter Bozo Petrovich und Pietro Vucotich hat die benachbarten strategischen Positionen besetzt, das zweite unter Maso Verbitza hält Podgorica, das dritte unter Miglijan Lukovich steht in Andrejevic, in der Nähe von Vasojavic. Das "Journal des Debats" erinnert daran, daß am 15. September 1827 sich ein anderer englischer Admiral, Sir Edward Codrington, anschickte, mit seinen Schiffen vor Navarino zu kreuzen, daß am 21. September Admiral de Rigny mit französischen und am 18. Oktober Admiral von Heiden mit russischen Schiffen bei den Engländern eintrafen und Codrington auf seinem Flaggschiff "Asia" mit den beiden Admiralen eine Konferenz hatte, um die Mittel zu berathen, wie Türken und Griechen zu einem Waffenstillstande gezwungen werden könnten. Die Instruktionen, welche die drei Flotten-Kommandanten von ihren Höfen erhalten hatten, beschränkten sich darauf, es ihrer Klugheit und Geschicklichkeit zu überlassen, den Vertrag vom 6. Juli zur Ausführung zu bringen. Die Admirale beschlossen, in die Rhede von Navarino einzulaufen, um die Türken zum Waffenstillstand zu nötigen, sie hofften „auf diese Weise ohne Feindseligkeit und Blutvergießen eine Entscheidung herbeizuführen, welche dem Geiste des Vertrages vom 6. Juli und den Interessen der Pforte selbst entspräche.“ Den Oberbefehl führte damals, wie heute, der englische Admiral. Am 20. Oktober gab Codrington das Signal zur Absahrt und drei Stunden später lag das ganze Geschwader auf der Rhede von Navarino, angefischt einer türkisch-egyptischen Flotte. Die Türken schießen auf den sich ihnen nahenden englischen Parlamentair, damit wird der Kampf eröffnet; die Kanonen von 115 Kriegsschiffen donnern, wenige Stunden später hat der Sultan 6000 Mann, 3 Linienschiffe, 16 Fregatten, 26 Korvetten, 12 Briggs und 5 Brander verloren, die verbündete Flotte zählt dagegen nur 140 Tote und 300 Verwundete. Diese Seeschlacht rettete Griechenland, gab den Russen das Übergewicht in Konstantinopel und wurde bald in London als ein sehr beklagenswertes Ereignis angesehen, wie es auch die Thronrede vom 29. Januar

1828 bezeichnete. Heute stehen die Dinge anders. Eine Seeschlacht zwischen der vereinigten Flotte unter Sir Beauchamp Seymour und der türkischen ist nicht zu befürchten; denn die Pforte gebietet heute nicht mehr über eine solche Flotte wie damals bei Navarino — aber nicht unmöglich ist es, daß wenn die Flottendemonstration ein Resultat ergeben hat, die verschiedenen Mächte dasselbe verschieden beurtheilen werden und vielleicht mehr als eine Ursache zu haben glaubt, die Demonstration und ihre Folgen zu bedauern.

Briese und Zeitungsberichte.

Bremen, 15. September. Seit vorgestern arbeitet hier der weitere Ausschuß des Vereins deutscher Strafanstaltenbeamten unter dem Vorsitz des Geh. Rathes Elert aus Freiburg im Breisgau, Direktor des badischen Landesgefängnisses. Heute fand die Begrüßung des gesamten Vereines statt, dessen öffentliche Verhandlungen morgen beginnen. Unter den Eröffnungen nenne ich Generalstaatsanwalt Dr. v. Schwarze aus Dresden und den Geheimen Rath Illing aus dem preußischen Ministerium des Innern. Die Ausschusmitglieder waren nach vollendetem Arbeit gestern mit einem kleinen Dampfer die Weser abwärts bis Begegack und dann auf der Lesum bis Sankt Magnus gefahren, wo die fürstliche Besitzung des Barons Knoop, Inhabers großer Baumwollfabriken in Niedersachsen, besichtigt wurde, — heute nach Oslebshausen, um unter der Führung des Directors Schepel unsere neue und wohlgerichtete Strafanstalt in Augenschein zu nehmen.

Madrid, 14. Septbr. Die Taufe der Infantin Maria de las Mercedes wurde heute um 1 Uhr mit großem Pomp in der Kapelle des Palastes vorgenommen. Der König, die Erzherzogin Isabella, die drei Infantinnen Isabel, Paz und Gulalia wohnten der Feier auf der Galerie an, welche sich im Hintergrunde der Kapelle, gegenüber dem prächtig erleuchteten Altar, befindet. Die Tribünen waren von den spanischen Granden, den Marschällen, den hohen Beamten und dem diplomatischen Corps besetzt. Die Galerie des Palastes war mit prächtigen Stickereien geschmückt und wurde von Hellebardieren in glänzender Kleidung bewacht. Eine aus Herren des königlichen Hauses bestehende Eskorte geleitete die Königin Isabella (die Pathin) und die Anne, die das Kostüm einer Bäuerin von Santander trug, in die Kirche. Die Feierlichkeit dauerte nur kurze Zeit. Der Kardinal-Erzbischof von Toledo stand derselben vor. Besondere Aufmerksamkeit erregten die Taufgesäße, deren, wie man sagt, sich St. Dominicus bedient haben soll, und die zwölf vom Papst Leo XIII. gesandten Reliquien, sowie die von vierzehn spanischen Granden getragenen Insignien der Taufe. Man sprach viel von der bevorstehenden Amnestie zu Ehren der Geburt der Infantin, welche für politische und gemeine Verbrechen erlassen werden soll. 32 Journale, die unterdrückt sind oder in Verfolgung stehen, sollen in der Amnestie einbezogen sein. Die eigentlichen Feste werden erst im Oktober, nach vollständiger Genesung der Königin, stattfinden.

Petersburg, 15. September. [Barnbüler's Enthüllungen bei russischer Beleuchtung. Zur Hebung der inländischen Metallindustrie.] Es bedurfte keineswegs der Gabe der Prophetie, um vorauszusehen, daß die Barnbüler'schen Enthüllungen hier nicht unbeachtet gelassen werden; ihre Spitze ist zu sehr gegen Russland gerichtet, als daß sie einen Russen nicht verlecken sollten, wenngleich jeder Unbefangene sich sagen muß, daß die Worte des schwäbischen Reichstagsabgeordneten und württembergischen Exministers den Stempel der Unwahrcheinlichkeit an der Stirn tragen. Das "Nowoje Wremja" beginnt den Feldzug gegen die Barnbüler'schen Improvisationen, denen es deshalb einige Bedeutung zuschreibt — oder antichitet —, weil sie in einem Augenblicke veröffentlicht worden sind, in welchem der Diplomatie die Lösung neuer Verwickelungen harrt. Nachdem das genannte Blatt die Rede des Gehilfen des Fürsten Bismarck bei seinen Finanz- und Zollreformplänen mit unnachahmbarer Ironie inhaltlich angegeben hat, äußert es sich folgendermaßen über dieselbe:

Es ist schwer, eine unglaubliche Geschichte zu ersinnen, doch liegt ihre Bedeutung eben in der unwahren Unterlage. Die Hauptfache ist, daß je weniger die schwäbischen Wähler Barnbüler von der Politik verstehen, desto sicherer der Eindruck ist, auf welchen die Rede berechnet ist. Mag doch ganz Deutschland sehen, welchen Langmut der friedliebende Reichskanzler, der nur um die Erhaltung des europäischen Friedens besorgt ist, besitzt. Doch jede Langmut muß ihre Grenzen haben: die an sich entschuldbare Cherbourger Rede erhält eine ganz andere Bedeutung, wenn man sie mit dem Sturze des deutsch-freundlichen Minister Waddington in Verbindung bringt. Es ist nun, wie man sieht, klar, über welchen Plänen der Präsident der französischen Kammer brütet. Gleichzeitig dient aber auch die Rede Barnbüler als Probesignal; wenn sie ihre Wirkung hervorbringt, wird Fürst Bismarck nicht verfehlten, nach alten Regeln der konstitutionellen Monarchie seine Tirailleure auszusenden. In kurzen Worten gesagt, es ist dies ein neues Manöver des Reichskanzlers, um die Stimmung des Landes zu sondiren, und wenn er diese seinen Plänen entsprechend aufgeregt haben wird, an die Adressen verschiedener Gegner Drobungen und Einschüchterungen zu senden. Man wird vielleicht sagen, daß, um dieses Ziel zu erreichen, die literarischen Kostgänger aller Farben, die Sozialdemokraten nicht ausgenommen, über welche der Reichskanzler ja auch verfügt, hingereicht hätten. Das Neble ist nur, daß sich Europa, ja sogar Deutschland an diese bereits gewöhnt hat: der kriegerische Geist verschwindet aus den Spalten der Berliner Zeitungen selbst in Friedenszeiten nicht. Andererseits bedeutet auch die Rede eines Abgeordneten von Barnbüler mehr, als ein offiziöser, stets zu habender Artikel, wenn derselbe auch mit großer Nachdrift aufgenommen wird: der Redner spricht scheinbar in seinem eigenen Namen, wenngleich es ja tatsächlich bekannt ist, daß er sich des Vertrauens des Kanzlers erfreut und folglich die Stimme des Redners Autorität hat. Die Dintessenz der Rede ist, daß Deutschland jetzt alle Ursache habe, Angesichts der Oberbourger Herausforderung Gambetta's ernstlich an den Krieg zu denken. Fürst Bismarck probt somit eine neue Art, das deutsche Volk und die öffentliche Meinung in Deutschland gegen den Feind aufzurütteln. Hat er sich aber nicht zu sehr beeilt, zu diesem Manöver seine Zuflucht zu nehmen?

Es wäre, meines Erachtens, die höchste Zeit, daß die

Barnbüler'schen Enthüllungen ein energisches Dementi seitens der Regierung erfahren, auf deren Konto man sie hier in tendenziöser Absicht zu schreiben sucht. Es herrscht hier ohnedies genug Hass und Feindschaft gegen die Deutschen, und es ist durchaus nicht opportun, diese noch durch Barnbüler'sche Explorations zu vermehren. — Gleichsam als Antwort auf diese Explorations publiziert der offiziöse "Bjerg" einen Artikel, in welchem gesagt ist, daß sich die Regierung bemühe, die russische Metallindustrie, namentlich soweit sich dieselbe mit der Anfertigung von Eisenbahnmaterial beschäftigt, kräftig gegen die ausländische Konkurrenz zu unterstützen, welche letztere die Entwicklung der heimischen Industrie, der unermessliche natürliche Schätze zu Gebote stehen, hindert. Trotz aller Regierungs-Versüge ist es — wahrscheinlich wegen der allgemein bekannten Bestecklichkeit der Regierungsorgane — nicht gelungen, das Herbeibringen ausländischen Eisenbahnmaterials unter den verschiedensten Formen zu verhindern, während doch die diesseitigen Fabrikanten nicht teurer und eben so solide arbeiten, wie die auswärtigen. — Zur Entreprise für die Brückenbauten auf der zu erbauenden kaukasischen Eisenbahn sollen nur inländische Firmen zugelassen werden, unter denen man jedoch — wie ich nebenbei bemerke — recht gute deutsche Namen findet.

Internationaler Verein gegen Verunreinigung der Flüsse, des Bodens und der Luft.

Mainz, 13. September. Die vierte Jahresversammlung des Internationalen Vereins gegen Verunreinigung der Flüsse, des Bodens und der Luft wurde heute Vormittag 9½ Uhr im Casino "Hof zum Gutenberg" durch den Vorsitzenden Prof. Dr. Neclam (Leipzig) eröffnet, nachdem, wie die "Magdeburgs. Ztg." meldet, bereits gestern Nachmittag 5 Uhr ein leider durch Regenwetter gestörtes Festkonzert in der "Neuen Anlage" und Abends eine gesellige Zusammenkunft im "Holländischen Hof" stattgefunden hatte. Namens des Vorstandes Dr. Dechsnér die etwa 60 Personen starke Versammlung willkommen, indem er den Wunsch aussprach, daß die Gäste neben den wissenschaftlichen Arbeiten Zeit finden möchten, auch die Gastfreundschaft der Mainzer und Mainzinnen kennen zu lernen, und zum Besuch der wissenschaftlichen Sammlungen der Stadt einlud.

Der Vorsitzende, Prof. Neclam, sah davon ab, in seinem die Verhandlungen einleitenden Vortrag, so wie in den früheren Jahren, einen kurzen Abriss über die Entwicklung der Gesundheitspflege während des verflossenen Jahres zu geben, erwähnt aber, daß sich auf einigen Gebieten in bedauerlicher Weise Zweifelsucht habe bemerkten lassen, unzweifelhaft durch Nagel's Buch über die Spaltpilze hervorgerufen, und daß der an sich sehr richtige Grundfaß, in der Gesundheitspflege Urtheile und Einrichtungen nur in Bezug auf einzelne Fälle gelten zu lassen, sehr leicht auf unheilvolle Bahnen führen könne. Ich habe das von Bielen mit Nachdruck verfochtene Axiom, daß durch die Fäulnis Bakterien und andere Krankheitsteime extödet würden und daß daher Leichen im faulen Zustand nicht mehr anstecken könnten, durch die neuesten Untersuchungen von Pasteur erhebliche Einschränkung erlitten, da dieser noch zwei Jahre nach dem Vergraben an Milzbrand verstorbenen Thiere an der betreffenden Stelle auf der Erdoberfläche Milzbrandanziecksteime fand. Die feuchte Erde in der Umgebung des Thieres hatte die Keime weiter machen und Regenwürmer hatten sie auf die Oberfläche befördert. Ahnliches kann auch bei anderen Krankheiten und durch andere Hilfsmittel der Verbreitung geschehen; es ist daher eine größere Vorsicht ratsam, als sie vielfach bewiesen wird. Letzteres belegte Redner durch Beispiele und erwähnte dabei, daß man kürzlich in Sachsen eine Schule auf der Stelle eines früheren Friedhofs errichtet habe. Die Verbreitung der Bakterien durch äußerst geringe Luftbewegung, wie sie aus den Experimenten von Frankland und Soula hervorgeht, gab ebenfalls zu Warnungen Anlaß und ließ die Frage auftreten, wie sich die Städte gegen ihre unsichtbaren Feinde schützen, d. h. wie man die Fäkalien so schnell als möglich von den Wohnungen weg schafft, damit sie nicht in Fäulnis übergehen. Hier kam die Grubenräumung am Beispiel Leipzigs zur Besprechung, sowie die jüngstdortigen Bestrebungen, diese Räumung etwas ästhetischer und hygienischer zu gestalten. Für das Tonnenystem und dessen Einführung und Durchführung gab die Stadt Enden das Beispiel und der Redner führte aus, wie man sich dort bis 1877 befand und nun unter wohlgeordneten, zum Theil geradezu musterhaften Verhältnissen befindet. Als Beispiel der Schwemmsiele wurden die Kämpfe und deren für die Einführung der Siele ungünstiger Ausgang in München erwähnt, so wie die Verhältnisse von Frankfurt a. M. und Mainz berührt. Endlich wies Prof. Neclam auf die Vorzüglichkeit des Liermar'schen Systems hin und bedauerte, daß in diesem Jahre keine deutsche Stadt durch dessen Einführung den anderen ein gutes Beispiel gegeben und ihr und ihrer Bewohnerchaft Wohlbehagen vermehrt habe.

Nach diesem mit Befall aufgenommenen einleitenden Vortrag referierte Ingenieur A. v. Podevils (München) über die Ergebnisse der Bereitung von Rauchpoudrette nach seinem System in Landschut. Er faßt die hierbei zum ersten Mal in großem Maßstab gewonnenen Erfahrungen dahin zusammen, daß 1) die Verarbeitung der wasserreichen Fäkalien durch Rauch in einem freibaren Dünnpulver ein rentables Unternehmen sei, sofern nicht vor der Verarbeitung das Stoffmaterial durch Fäulnis einen übergroßen Verlust an Ammoniak erlitten habe, 2) erweisernermaßen keine prinzipiellen Hindernisse vorhanden seien, um selbst die in den größten Städten abfallenden Fäkalienmassen das ganze Jahr hindurch regelmäßig zu verarbeiten, und 3) bei einiger Vollkommenheit der maschinellen Einrichtungen für Entleerung der Tonnen und Fässer selbst im großen Maßstab ausgeführte Rauchpoudretfabriken ohne jede Belästigung für die Umgebung seien.

Als dritter Redner sprach Herr Hofrat Dr. Ewich (Köln) über einstige Vorbereitungsmäßigkeiten der Städte gegen Boden- und Flüsserverunreinigung. Er empfahl einmal eine systematische Entwässerung auf öffentliche Kosten und dann eine zwangsweise durchgeführte unschädliche Ansammlung und Abfuhr der menschlichen Auswurfstoffe nach einer einheitlichen Methode seitens der Privaten, bis die Stadt finanziell in der Lage sei, ein besseres System auf öffentliche Kosten ausführen zu lassen. Er bezeichnete als das zweckmäßigste und verhältnismäßig billigte Entwässerungssystem das Liermar'sche und als zur möglichst unschädlichen Ansammlung und Abfuhr der Exkremente besonders geeignet das Fäkalreservoir mit Absorptionsvorrichtung und fester Entleerungsleitung des Jugenders Schlech (Königswinter). Daneben wurde der Desinfektion der Fäkalien durch Rauch, des heidelbergischen Tonnenystems, des Transports der Fäkalien aus der Stadt Stuttgart durch Eisenbahnwagen gedacht, um diese Stoffe für den Garten- und Ackerbau zweckmäßig zu verwenden. Letztere Frage sei bei der quantitativen und qualitativen Abnahme des Guanos von der größten nationalökonomischen Bedeutung.

Herr Dr. Bodenheimer (Mainz) referierte über den Erfolg der vor zwei Jahren von dem Verein an das Reichsamt und den Reichstag gerichteten Petition betr. ein Flüsschutzgesetz. Der Reichstag hat die Petition freundlich aufgenommen und das Reichsgesundheitsamt hat Erörterungen über die Angelegenheit angestellt. Der Referent empfahl, die Materie mit einer allgemeinen deutschen

Klubbauordnung zu verbinden, da sich sonst die verschiedensten Konflikte mit Privatrechten usw. ergeben würden, auch die Kompetenz des Reiches in dieser abgetrennt mehr polizeilichen Materie zweifelhaft sei. Die Bestimmung eines diesbezüglichen Gesetzentwurzes fand der Referent durchweg als zweckmäßig. Nach einer kurzen Debatte wurde die Beschlußfassung in der Angelegenheit auf morgen vertagt.

Zu Redungskreiswahlen wurden die Herren Lentner Heerd (Mainz) und Fabrikant Heldt (Höchst) gewählt. Die zweite Sitzung findet morgen 9 Uhr statt.

Locales und Provinzielles.

Posen, 18. September.

Der verstorbene Lehrer Sieg aus Naramowice bei Posen wurde gestern unter zahlreicher Beileitung auf dem St. Adalberts-Friedhof beerdigt. Dem Trauerzug voran ging der Sohn des Verstorbenen, Prof. Sieg aus Orlow; die Grabrede hielt der Geistliche Kantoroffi von der biegsamen Dominikanerkirche. — Der Verstorbe war i. J. 1813 in Posen geboren, und bekleidete sich am Insurrektionskriege von 1830/31. In Naramowice ist er seit dem Jahre 1832, also 48 Jahre lang, Lehrer gewesen. Zu bemerken ist, daß sein Vater evangelisch war.

Militärisches. General-Major Wiebe ist gestern Nachmittag von hier nach Berlin zurückgekehrt. — Ein Ertragzug brachte gestern Morgen die Reserven des 49. Infanterie-Regiments von Gnesen und beförderte dieselben alßald weiter von hier nach Schneidemühl.

Hausgewerbescheine. Wie der „Magdeburg.“ aus Berlin gemeldet wird, müssen die Anmeldungen der für das künftige Jahr beabsichtigten Gewerbebetriebe im Umherziehen spätestens im Monat Oktober d. J. gemacht werden, wenn beabsichtigt werden sollte, die gewünschten Hausgewerbescheine rechtzeitig zum 1. Januar d. J. in Empfang zu nehmen.

Lissa, 16. Septbr. [Abiturientenprüfung. Einjährigen-Student-Berechtigte. Generalversammlung des Männergesangvereins. Freihandschießen in Groß-Glogau. Müllertag.] Im Laufe des heutigen Vormittags fand hier die mündliche Prüfung der Abiturienten unseres Gymnasiums unter dem Vorste des Provinzial-Schulraths Dr. Polte aus Posen statt. Von den fünf Prüflingen wurden gleich vor Beginn des Examens die Kandidaten Bischofsroder und Goldschmidt auf Grund ihrer vorzüglichen schriftlichen Arbeiten dispensirt und die übrigen drei Abiturienten Esche, Müller und Neumann erhielten nach kaum vierstündiger Prüfung ebenfalls das Zeugnis der Reife. — Vor einigen Tagen erhielten vier Schüler der Sekunda unseres Gymnasiums das Zeugnis, welches sie zum Einjährigen-heimlichen-Dienst berechtigt. Gestern hielt der Männergesangverein seine Generalversammlung, befußt Rechnungslegung, Declarirung und Neuwahl des Vorstandes ab, wozu für dieses Mal noch die Berathung über die Sängerschaft nach Fraustadt kam, zu welcher der dortige Männergesangverein eine Einladung hierher hatte ergehen lassen. Die Rechnung des Vereins, welche sich in der Einnahme auf 148,07 M. und in der Ausgabe auf 72,65 M. belief und vom Stadtsekretär Peickert vorher geprüft worden war, wurde von der Versammlung dechirgirt und darauf zur Wahl des Vorstandes geschritten. Nachdem die Frage, ob die Wahl durch Stimmzettel oder durch Aufflammung vollzogen werden solle, durch einstimmiges Eintreten für den letzteren Modus entschieden worden, wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder: Landgerichts-Kanzleidirektor Grindmann als Vorsteher und erster Dirigent, Kantor Rösler als Schriftführer und zweiter Dirigent und Kammerverfassen-Kontrolleur berichtet als Kassirer einstimmig wiedergenählt. Hierauf wurde der Beschuß gefaßt, der Einladung nach Fraustadt möglichst zahlreich Folge zu leisten und am künftigen Sonntag gegen 1 Uhr Nachmittags mit dem Zuge nach Fraustadt zu reisen. Zum Schluß wurden für diesen Zweck noch einige Lieder geübt. — In Folge Einladung von der Schützengilde in Groß-Glogau zum Freihandschießen am 19. und 20. d. M. dasselbst werden eine Anzahl von Angehörigen der hiesigen Schützengilde sich am künftigen Sonntag nach Glogau begeben, um sich an dem Feste zu beteiligen. — Die Generalversammlung des Müllervereins der Provinz Posen am 30. d. M. wird nicht in Wölfrum, sondern im Kaiserhof hier selbst stattfinden. Der Präsident des deutschen Müllervereins, Herr von der Wyngart aus Berlin, wird in der Versammlung anwesend sein und einen Vortrag halten. Nachmittags wird ein gemeinschaftliches Diner stattfinden.

Telegraphische Nachrichten.

Baden-Baden, 17. September. Ihre Majestät die Kaiserin ist heute Abend 5 Uhr wohlbehalten hier eingetroffen und im Meßmer'schen Hause abgestiegen. Ihre Majestät hatte in Döss die Eisenbahn verlassen und sich zu Wagen hierher begeben.

Leipzig, 17. September. Die hiesige Handelskammer hat sich einstimmig gegen jede Beschränkung der Wechselseitigkeit erklärt.

Petersburg, 16. Septbr. Der Minister des Innern, Graf Loris Melikow, ist heute aus Livadia hierher zurückgekehrt.

Petersburg, 17. September. Der „Negerungsbote“ publiziert ein kaiserliches Reskript an den Grafen Loris-Melikow, durch welches demselben die Insignien des Andreas-Ordens verliehen werden und ihm gleichzeitig der wärmste Dank des Kaisers für seine Thätigkeit ausgesprochen wird. — Graf Sievers, Mitglied des Haupt-Kriegsgerichtes, erhielt den Alexander-Newski-Orden mit Brillanten. — Admiral Lessowski ist am 13. d. in Nagasaki eingetroffen.

Washington, 16. Sept. Der Bericht des landwirtschaftlichen Bureaus betreffend die Weizenernte pro September weist nach, daß der Durchschnittsstand der Ernte 90 Prozent beträgt gegen 92 Prozent im Jahre 1879 und gegen 87 Prozent im Jahre 1878, diese Schätzung ist indeß keine definitive, da der Bericht noch nicht vollständig ist.

Paris, 18. Sept. Dem Vernehmen nach wäre der Ministerialrath der Ansicht, die Ausführung der Dekrete bis zur gerichtlichen Entscheidung über die erhobenen Konflikte zu vertagen. Die Gerüchte über eine Ministerkrise werden in Regierungskreisen dementirt. Washington erklärt in einem Briefe vom 15. d., die Angaben Barnbuler's, soweit sie ihn betreffen, seien gänzlich unbegründet. Während der ganzen Dauer seines Ministeriums hätten zwischen Frankreich und Russland keinerlei Verhandlungen oder Besprechungen über einen Allianzvorschlag stattgefunden.

Paris, 18. September. Es verlautet, der gestern Abend stattgehabte Ministerialrath habe beschlossen, den Konfliktgerichtshof, welcher erst am 13. November zusammenentreten sollte, auf einen

früheren Termin einberufen. Die Ausführung der Dekrete würde erst nach Entscheidung des Konfliktgerichtshofes erfolgen. Greve reiste morgen in das Jura-Departement zurück; er empfing gestern Nachmittag den Besuch Leon Say's.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Insertate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im September 1880.

Stunde	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm 82 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
17. Nachm. 2	749,8	SW mäßig	trübe	+18,3
17. Abends. 10	752,1	SW schwach	heiter	+12,9
18. Morgs. 6	754,7	SW schwach	heiter	+10,4
Am 17. Wärme-Maximum	+19,0 Cels.			
	= Wärme-Minimum	+11,8	=	

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 16. Septbr. Mittags 0,78 Meter.
= 17. = 0,78 =

Wetterbericht vom 17. Septbr., 8 Uhr Morgens.

Ort.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeressiv. reduz. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
Mullaghmore	757	SW	bedeckt	13
Aberdeen	756	WSW	halb bedeckt ¹⁾	13
Christiansund	757	OSO	heiter	11
Kopenhagen	745	NWD	bedeckt	15
Stockholm	757	O	Regen	13
Haparanda	763	S	bedeckt	11
Petersburg	766	OSO	wolkenlos	7
Moskau	770	S	bedeckt	10
Cort Queenst.	761	NW	halb bedeckt ²⁾	14
Brest	764	N	bedeckt	13
Helder	754	still	halb bedeckt	16
Sylt	752	NNW	Regen	12
Hamburg	751	WW	Regen ³⁾	12
Swinemünde	750	SW	bedeckt ⁴⁾	13
Neufahrwasser	755	S	wolfig ⁵⁾	15
Memel	756	SO	wolfig ⁶⁾	15
Paris	757	NW	heiter	12
Münster	754	SSW	bedeckt	11
Karlsruhe	755	O	heiter ⁷⁾	14
Wiesbaden	756	WSW	bedeckt ⁸⁾	12
München	758	O	wolkenlos	8
Leipzig	755	SW	wolfig ⁹⁾	12
Berlin	753	SW	wolfig	13
Wien	750	still	wolkenlos	9
Breslau	758	SW	heiter ¹⁰⁾	12
Ale d'Aix	761	NW	Regen	16
Nizza	758	NW	heiter	12
Triest	759	still	wolkenlos	19

¹⁾ Seegang mäßig. ²⁾ Seegang leicht. ³⁾ Gestern und Nachts beständig Regen. ⁴⁾ Gestern und Nachts Regen. ⁵⁾ Abends stürmische Böen mit Regen. ⁶⁾ Nachts Staubregen. ⁷⁾ Nachts Regen. ⁸⁾ Nachts Regen. ⁹⁾ Nachmittags regnerisch. ¹⁰⁾ Nachmittags Regen.

Anmerkung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Nordeuropa, 2. Küstenzone von Irland bis Ostpreußen, 3. Mitteleuropa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingehalten.

Skala für die Windstärke:

1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Uebersicht der Witterung.

Ein Minimum, welches gestern südöstlich von Stettin lag, ist in Begleitung von stürmischen Winden in nordwestlicher Richtung bis nach Kopenhagen fortgeschritten, in Wyström Weststurm, in Swinemünde steifen Südwest, in Stockholm stürmischen Ost hervorrußend. Dagegen auf dem übrigen Gebiete ist die Luftbewegung meist nur schwach. Bei fast überall langsam sinkender Temperatur ist das Wetter vorwiegend trübe, in Nord-Central-Europa regnerisch. Auf der Küstenstrecke von Kiel bis Neufahrwasser, wo gestern Abend und in der Nacht stürmische Böen aufraten, fielen sehr beträchtliche Regenmengen, in Kiel 37, in Wyström 35 und in Swinemünde 44 mm. Regen. Außer an der Ostseeküste liegt die Temperatur in ganz Deutschland unter der normalen.

Deutsche Seewarte.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 17. September. (Schluß-Course.) Matt. Lond. Wechsel 20,44. Pariser do. 80,50. Wiener do. 171,65. R. M. St. A. 146 $\frac{1}{2}$. Rheinische do. 158. Hess. Ludwigsl. 101 $\frac{1}{2}$. R. M. Br. Anth. 131 $\frac{1}{2}$. Reichsanl. 99 $\frac{1}{2}$. Reichsbank 147. Darmst. 149. Meiningen B. 96 $\frac{1}{2}$. Ost.-ung. Bl. 708,00. Kreditattient* 245 $\frac{1}{2}$. Silberrente 62 $\frac{1}{2}$. Papierrente 61 $\frac{1}{2}$. Goldrente 93 $\frac{1}{2}$. 1860er Loos 122 $\frac{1}{2}$. 1864er Loos 306,90. Ung. Staatsl. 214,00. do. Ostb.-Ob. 11,84 $\frac{1}{2}$. Böhm. Westbahn 200 $\frac{1}{2}$. Elisabethb. 165. Nordwestb. 153 $\frac{1}{2}$. Galizier 241 $\frac{1}{2}$. Franzosen* 244 $\frac{1}{2}$. Lombarden* —. Italiener —. 1877er Russen 92 $\frac{1}{2}$. II. Orientanl. 59 $\frac{1}{2}$. Zentr.-Pacific 110 $\frac{1}{2}$. Disconto-Kommandit —. Elbhaldabahn —. Neue 4proz. Russen —. 4prozent. Obligationen der Stadt Stockholm —. Lothringer Eisenwerke —.

Nach Schluß der Börse: Kreditattient 245, Franzosen 244 $\frac{1}{2}$, Galizier 240 $\frac{1}{2}$, ungar. Goldrente 93 $\frac{1}{2}$, II. Orientanl. —, Lombarden —, Schweizer. Zentralbahn —, Mainz-Ludwig. hafen —, 1877er Russen —, Böhmis. Westbahn —, Lombarden —.

* per medio resp. per ultimo.

Wien, 17. September. (Schluß-Course.) Matt auf Meldung der "Times". Spekulationspapiere und Renten abgeschwächt, Bahnen still, Valuta steif.

Papierrente 72,32 $\frac{1}{2}$. Silberrente 73,50. Österreich. Goldrente 88,45. Ungarische Goldrente 109,20. 1854er Loos 123,75. 1860er Loos 131,75. 1864er Loos 172,75. Kreditattient 179,50. Unser. Wagn. 111,00. Kreditattient 287,10. Franzosen 285,25. Lombarden 82,25. Galizier 281,50. Reichs-Oderb. 131,00. Pardubitzer —. Nordwestbahn 178,00. Elisabethbahn 192,00. Nordbahn 2442,00. Österreich. 1877er Russen 92 $\frac{1}{2}$. II. Orientanl. 59 $\frac{1}{2}$. Zentr.-Pacific 110 $\frac{1}{2}$. Disconto-Kommandit —. Elbhaldabahn —. Neue 4proz. Russen —. 4prozent. Obligationen der Stadt Stockholm —. Lothringer Eisenwerke —.

Nach Schluß der Börse: Kreditattient 245, Franzosen 244 $\frac{1}{2}$, Galizier 240 $\frac{1}{2}$, ungar. Goldrente 93 $\frac{1}{2}$, II. Orientanl. —, Lombarden —, Schweizer. Zentralbahn —, Mainz-Ludwig. hafen —, 1877er Russen —, Böhmis. Westbahn —, Lombarden —.

— per medio resp. per ultimo.

Wien, 17. September. (Schluß-Course.) Matt auf Meldung der "Times". Spekulationspapiere und Renten abgeschwächt, Bahnen still, Valuta steif.

Papierrente 72,32 $\frac{1}{2}$. Silberrente 73,50. Österreich. Goldrente 88,45. Ungarische Goldrente 109,20. 1854er Loos 123,75. 1860er Loos 131,75. 1864er Loos 172,75. Kreditattient 179,50. Unser. Wagn. 111,00. Kreditattient 287,10. Franzosen 285,25. Lombarden 82,25. Galizier 281,50. Reichs-Oderb. 131,00. Pardubitzer —. Nordwestbahn 178,00. Elisabethbahn 192,00. Nordbahn 2442,00. Österreich. 1877er Russen 92 $\frac{1}{2}$. II. Orientanl. 59 $\frac{1}{2}$. Zentr.-Pacific 110 $\frac{1}{2}$. Disconto-Kommandit —. Elbhaldabahn —. Neue 4proz. Russen —. 4prozent. ungar. Goldrente 93,00.

Wien, 17. September. (Privatverkehr.) Kreditattient 286,75. Franzosen —, Galizier —, Papierrente 72,30, ungar. Goldrente 109,07 $\frac{1}{2}$, Pardubitzer Bahn —, Nordwestbahn —, Elisabethbahn —, 4 $\frac{1}{2}$ prozent. ungar. Goldrente 93,00. Ruhig.

Petersburg, 16. Septbr. Wechsel auf London 24 $\frac{1}{2}$, II. Orient. Anleihe 90 $\frac{1}{2}$. III. Orientanl. 90 $\frac{1}{2}$.

London, 17. Septbr. Cons

